





ADAM TOOZE

# SINTFLUT

**Die Neuordnung der Welt 1916 – 1931**

Aus dem amerikanischen Englisch von  
Norbert Juraschitz und Thomas Pfeiffer

Pantheon

Die Originalausgabe erschien 2014 unter dem Titel *The Deluge: The Great War and the Remaking of Global Order 1916–1931* bei Allen Lane, einem Imprint von Penguin Books, London.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967

Der Pantheon Verlag ist ein Unternehmen der Verlagsgruppe Random House GmbH.

Erste Auflage  
Pantheon-Ausgabe Mai 2017

Copyright © Adam Tooze, 2014  
Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2015 by Siedler Verlag, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH, Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München,  
unter Verwendung einer Vorlage von Rothfos + Gabler, Hamburg  
Umschlagmotive: AKG Images und Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz BPK (unten)

Lektorat: Teresa Löwe-Bahners, München  
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin  
Druck und Bindung: CPI, Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-570-55315-2

[www.pantheon-verlag.de](http://www.pantheon-verlag.de)



Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

*Für Edie*



»Die heikelsten Fragen werden somit früher oder später dem Historiker anvertraut. Es ist sein Problem, dass sie deshalb nicht aufhören, heikel zu sein, weil sie von den Staatsmännern bereits erledigt und als pragmatisch geregelt ad acta gelegt worden sind ... Es ist ein Wunder, dass Historiker, die ihre Arbeit ernst nehmen, bei Nacht ruhig schlafen können.«

WOODROW WILSON<sup>1</sup>

»Die Chronik ist abgeschlossen. Mit welchen Gefühlen blättert man Herrn Churchills zweitausendste Seite um? Dankbarkeit ... Bewunderung ... ein wenig Neid, vielleicht, um seine unerschütterliche Überzeugung, dass Grenzen, Rassen, patriotische Gesinnungen, notfalls sogar Kriege letzte Wahrheiten für die Menschheit sind, die in seinen Augen den Ereignissen eine Art Würde und selbst Vornehmheit verleihen, für andere hingegen lediglich ein alptraumartiges Zwischenspiel sind, etwas, das konsequent vermieden werden muss.«

JOHN MAYNARD KEYNES

in einer Rezension von Winston Churchills Buch  
*The Aftermath*<sup>2</sup>





# Inhalt

## EINLEITUNG

- 11 Sintflut: Eine neue Weltordnung entsteht

## TEIL I

### **Die Krise Eurasiens**

- 47 Ein Krieg in der Schwebel  
69 Frieden ohne Sieg  
91 Die Totenglocke der russischen Demokratie  
115 China in den Kriegswirren  
139 Brest-Litowsk  
159 Ein brutaler Frieden  
181 Ein Riss geht durch die Welt  
199 Intervention

## TEIL II

### **Für einen Sieg der Demokratie**

- 219 Neuer Schwung für die Entente  
251 Die Arsenale der Demokratie  
273 Waffenstillstand: Die Bühne für Wilsons Drehbuch  
291 Demokratie unter Druck

## TEIL III

### **Der unvollendete Frieden**

- 317 Ein weltweiter Flickenteppich  
335 »Die Wahrheit über den Vertrag«  
357 Reparationen  
377 Vertragserfüllung in Europa  
397 Vertragserfüllung in Asien  
413 Das Fiasko des Wilsonianismus

#### TEIL IV

### **Die Suche nach einer Ordnung**

- 439 Die große Deflation
- 465 Das Empire in der Krise
- 491 Eine Konferenz in Washington
- 509 Die Neuerfindung des Kommunismus
- 529 Genua: Das Scheitern der britischen Hegemonie
- 549 Europa am Abgrund
- 577 Die neue Kriegs- und Friedenspolitik
- 607 Die Weltwirtschaftskrise

#### SCHLUSS

- 633 Der Einsatz wird erhöht

#### ANHANG

- 645 Dank
- 649 Anmerkungen
- 706 Verzeichnis der Abbildungen
- 707 Verzeichnis der Grafiken und Tabellen
- 709 Personenregister

## EINLEITUNG

# Sintflut: Eine neue Weltordnung entsteht

Ende 1915, am Morgen des ersten Weihnachtstags, stellte sich der einstige Radikalliberale David Lloyd George, nun britischer Munitionsminister, einer aufgebrachten Menge von Gewerkschaftern in Glasgow. Er war gekommen, um weitere Einberufungen an die Front zu fordern, und begründete das mit apokalyptischen Worten. Der Krieg, warnte er seine Zuhörer, werde die Welt völlig umgestalten. »Er ist die Sintflut, er ist ein Aufbäumen der Natur ... und bringt beispiellose Veränderungen im gesellschaftlichen und industriellen Gefüge mit sich. Er ist ein Zyklon, der die Zierpflanzen der modernen Gesellschaft samt Wurzel ausreißt ... Er ist ein Erdbeben, das selbst die Felsen des europäischen Lebens noch emporhebt. Er ist eine jener seismischen Störungen, in deren Verlauf Nationen auf einen Schlag um Generationen nach vorn katapultiert oder zurückgeworfen werden.«<sup>1</sup> Wie ein Echo dieser Rede klangen die nicht einmal vier Monate später auf der anderen Seite der Schützengräben gesprochenen Worte des deutschen Kanzlers Theobald von Bethmann Hollweg. Am 5. April 1916, sechs Wochen nach Beginn der entsetzlichen Schlacht um Verdun, erklärte er im Reichstag ohne jede Beschönigung: »Nun muss der Friede Europas aus einer Flut von Blut und Tränen, aus den Gräbern von Millionen erstehen. Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen. Aber das, was war, ist nicht mehr. Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärts gegangen; es gibt kein Zurück.«<sup>2</sup> Die Gewalt dieses Krieges war zu einer weltverändernden Kraft geworden. 1918 hatte der Erste Weltkrieg die alten Reiche Eurasiens zerschlagen: das Zarenreich, das Habsburgerreich und das Osmanische Reich. In China tobte ein Bürgerkrieg. Anfang der 1920er Jahre waren die Grenzen Osteuropas und des Nahen Ostens neu gezogen worden. So dramatisch und umstritten diese Veränderungen schon für sich genommen waren, erlangten sie ihre volle Bedeutung doch erst, weil sie mit einem tieferen, aber nicht so offensichtlichen Umbruch gekoppelt waren. Eine neue Weltordnung ging aus diesem Krieg hervor, die trotz allem Gezänk und nationalistischen Brimborium der neuen Staaten die Hoffnung auf

eine grundlegende Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Großmächten – Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Deutschland, Russland und den Vereinigten Staaten – weckte. Es bedurfte einiger geostrategischer und historischer Vorstellungskraft, um das Ausmaß und die Bedeutung dieser Veränderung des Machtgefüges zu erkennen. Die entstehende neue Ordnung wurde zu einem großen Teil bestimmt durch die »eigenartige Mischung von offizieller Abwesenheit und effektiver Anwesenheit«<sup>3</sup> ihres prägendsten Bestandteils: der neuen Macht der Vereinigten Staaten von Amerika. Doch auf diejenigen, die die Gabe hatten, diese tektonische Verschiebung wahrzunehmen, übte diese Aussicht eine sie geradezu gefangen nehmende Faszination aus.

Im Winter 1928/29, gut zehn Jahre nach dem Ende des Weltkriegs, blickten drei mit solchem Gespür für die Veränderungen ausgestattete Zeitgenossen zurück auf das, was geschehen war – Winston Churchill, Adolf Hitler und Leo Trotzki. Am Neujahrstag 1929 schloss Churchill, damals Schatzkanzler unter dem konservativen Premierminister Stanley Baldwin, den letzten Band seiner monumentalen Geschichte des Ersten Weltkriegs ab; *The World Crisis* ist der Titel des fünfbändigen Werkes, *The Aftermath* der des letzten Bandes. Wer die Bücher Churchills zum Zweiten Weltkrieg kennt, erlebt in diesem Band zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine Überraschung. Churchill, der nach 1945 vom »zweiten Dreißigjährigen Krieg« sprach, um die langjährige Auseinandersetzung mit Deutschland als eine historische Einheit zu beschreiben, schlug 1929 noch einen ganz anderen Ton an.<sup>4</sup> Damals blickte er nicht mit grimmiger Resignation, sondern mit einigem Optimismus in die Zukunft. Aus den Gräueln des Weltkriegs waren, so schien es, eine neue internationale Ordnung hervorgegangen und ein weltweiter Frieden, der auf zwei großen Verträgen ruhte: dem europäischen Sicherheitspakt, der im Oktober 1925 in Locarno ausgehandelt (und im Dezember in London unterzeichnet) worden war, und dem im Winter 1921/22 auf der Washingtoner Konferenz geschlossenen Flottenabkommen der Seemächte Großbritannien, USA, Japan, Frankreich und Italien. Diese beiden Verträge seien, so Churchill, »Zwillingspyramiden des Friedens, die massiv und unerschütterlich aufragen ... die Bündnistreue der führenden Nationen der Welt und all ihrer Flotten und Heere einfordern«. Sie erst hätten dem 1919 in Versailles unvollendeten Frieden zu Substanz verholfen. Sie erst hätten dem Völkerbund, der zunächst nur ein weißes Blatt gewesen sei, Konturen verliehen.

Man müsse in der Geschichte lange nach einer Parallele für ein solches Unterfangen suchen. »Die Hoffnung«, schrieb Churchill, »ruht nunmehr auf einer sichereren Grundlage ... Die Phase des Zurückschreckens vor den Gräueln eines Krieges wird lange anhalten; und in diesem gesegneten Zeitraum können die großen Nationen ihre Schritte in Richtung einer Weltorganisation in der Überzeugung tun, dass die Schwierigkeiten, die ihnen noch bevorstehen, nicht größer sein werden als jene, die sie bereits überwunden haben.«<sup>5</sup>

Weder Hitler noch Trotzki hätten ihre Sicht auf die Zukunft zehn Jahre nach dem Krieg in diese Begriffe gefasst. Der Kriegsveteran und gescheiterte Putschist Adolf Hitler, der sich nun als Politiker versuchte, aber gerade eine Reichstagswahl verloren hatte, verhandelte 1928 mit seinen Verlegern über einen Folgeband seines ersten Buches *Mein Kampf*. Dieser sollte seine Reden und Schriften seit 1924 enthalten. Da die Verkaufszahlen des Erstlings 1928 jedoch ebenso enttäuschend waren wie das Wahlergebnis, ging dieses Manuskript nie in den Druck. Der Forschung ist es unter dem Titel »Hitlers Zweites Buch« bekannt.<sup>6</sup> Auch Leo Trotzki hatte damals Zeit zum Schreiben und Nachdenken, denn er war, nachdem er den Machtkampf mit Stalin verloren hatte, zunächst nach Kasachstan und im Februar 1929 in die Türkei deportiert worden. Von dort aus schrieb er weiterhin seinen fortlaufenden Kommentar zur Revolution, die seit Lenins Tod im Jahr 1924 eine verheerende Wendung genommen hatte.<sup>7</sup> Churchill, Trotzki und Hitler sind ein schlecht zusammenpassendes, um nicht zu sagen feindseliges Dreigespann. Schon allein, sie in einem Atemzug zu nennen, mag manchem als Provokation erscheinen. Sie sind nicht miteinander vergleichbar, weder als Schriftsteller, noch als Politiker, noch als Intellektuelle und schon gar nicht in ihren moralischen Persönlichkeiten. Desto mehr erstaunt es, wie sehr sich Ende der 1920er Jahre ihre Interpretationen der Weltpolitik wechselseitig ergänzen.

Hitler und Trotzki sahen denselben Tatsachen ins Auge wie Churchill. Auch sie waren überzeugt, dass der Erste Weltkrieg eine neue Phase der »Ordnung der Welt« eingeläutet hatte. Aber während Churchill diese Entwicklung freudig begrüßte, bedrohte sie den kommunistischen Revolutionär Trotzki wie den Nationalsozialisten Hitler mit nichts weniger als dem Ende all ihrer Hoffnungen. Oberflächlich mochten die Bestimmungen des Versailler Vertrags von 1919 die souveräne Selbstbestimmung fördern, eine Vorstellung, die im europäischen Spätmittelalter aufgekommen

war. Im 19. Jahrhundert hatte diese Idee Pate gestanden bei der Gründung neuer Nationalstaaten auf dem Balkan und der Vereinigung Italiens sowie Deutschlands. Nun hatte diese Souveränitätsvorstellung sogar die Auflösung des Osmanischen Reiches, des Russischen Reiches und des Habsburgerreichs bewirkt. Aber obwohl die Zahl der Souveräne kräftig wuchs, wurde der Inhalt der Idee ausgehöhlt.<sup>8</sup> Unwiderruflich hatte der Weltkrieg alle kriegführenden Länder Europas geschwächt, auch die stärksten und selbst die Siegermächte. Dass die französische Republik ihren Triumph über Deutschland 1919 in Versailles, dem Palast des Sonnenkönigs, feierte, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frankreich nicht länger den Rang einer Weltmacht beanspruchen konnte. Der Kriegeverlauf hatte das bestätigt. Und die kleineren Nationalstaaten, die im Lauf des vorangegangenen Jahrhunderts entstanden waren, verbanden mit dem Krieg noch traumatischere Erlebnisse. Belgien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Serbien drohte zwischen 1914 und 1919, als das Kriegsglück sich mal der einen, mal der anderen Seite zuneigte, mehrfach die Auslöschung. Anno 1900 hatte der deutsche Kaiser großspurig einen Platz auf der Bühne der Weltpolitik beansprucht. Zwanzig Jahre danach bedeutete deutsche Außenpolitik Zank mit Polen um die Grenzen Schlesiens – ein Streit, der von einem japanischen Grafen geschlichtet wurde. Statt zum Akteur war Deutschland zum Gegenstand der Weltpolitik geworden. Italien war auf der Seite der Sieger in den Krieg eingetreten, aber trotz der feierlichen Versprechungen seiner Verbündeten bestätigte der Frieden nur das Gefühl der Zweitrangigkeit. Wenn es in Europa einen Sieger gab, so war es Großbritannien, deshalb auch Churchills relativ rosige Einschätzung. Allerdings hatte es sich nicht als europäische Macht behauptet, sondern an der Spitze eines weltumspannenden Imperiums. Für die Zeitgenossen bestätigte der Eindruck, dass das Britische Empire noch vergleichsweise glimpflich davongekommen war, lediglich die Schlussfolgerung, dass das europäische Zeitalter zu Ende war. In einem Zeitalter der Weltmacht war Europa in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht unwiderruflich zur Provinzialität herabgestuft worden.<sup>9</sup>

Die einzige Nation, die augenscheinlich unbeschadet und um ein Vielfaches mächtiger aus dem Krieg hervorging, waren die Vereinigten Staaten. Ihre Dominanz war in der Tat so überwältigend, dass man meinen konnte, es stelle sich die Frage, die im 17. Jahrhundert aus der

Geschichte Europas verdrängt worden war, wieder: Waren die Vereinigten Staaten ein universales, weltumspannendes Reich, vergleichbar dem, das die katholischen Habsburger einst zu errichten drohten? Diese Frage überschattete das ganze folgende Jahrhundert.<sup>10</sup> Bereits Mitte der 1920er Jahre hatte Trotzki den Eindruck, dass sich das »balkanisierte Europa« gegenüber den Vereinigten Staaten in der gleichen Lage befinde wie in der Vorkriegszeit die Länder Südosteuropas gegenüber Paris und London.<sup>11</sup> Sie besaßen zwar die Insignien der Souveränität, aber nicht die Sache selbst. Sofern es den politischen Führern Europas nicht gelinge, ihre Bevölkerungen aus der üblichen »politischen Gedankenlosigkeit« zu reißen, warnte Hitler im Jahr 1928, werde es nicht gelingen, »einer drohenden Welthegemonie des nordamerikanischen Kontinents vorzubeugen«, was die europäischen Staaten allesamt auf den Status der Schweiz oder der Niederlande degradieren würde.<sup>12</sup> Von Whitehall aus betrachtet hatte Churchill die Kraft dieser Überzeugung nicht als spekulative Zukunftsvision, sondern ganz konkret als praktische Realität der Macht gespürt. Die britischen Regierungen der 1920er Jahre mussten sich, wie wir sehen werden, immer wieder mit der schmerzlichen Tatsache auseinandersetzen, dass die Vereinigten Staaten eine Macht ganz neuen Ausmaßes waren. Sie hatten sich auf einmal als ein neuartiger »Überstaat« entpuppt, der ein Vetorecht über die finanziellen und sicherheitspolitischen Interessen der anderen Mächte ausübte.

Die Entstehung dieser neuen Weltordnung nachzuzeichnen ist das zentrale Anliegen dieses Buches. Es verlangt eine besondere Vorgehensweise, weil sich Amerikas Macht auf eine merkwürdige Weise äußerte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts legte die amerikanische Führung keinen sonderlichen Wert darauf, sich jenseits der großen Schifffahrtsrouten als Militärmacht zu präsentieren. Ihr Einfluss machte sich häufig indirekt und in Form latenter Kraft bemerkbar statt durch unmittelbare und offensichtliche Präsenz. Nichtsdestotrotz war diese Kraft real. Im Mittelpunkt dieses Buches steht die Frage, wie die Welt sich mit der neuen Schlüsselrolle der USA arrangierte, einer Schlüsselrolle, die ihren Ausdruck fand im Kampf um die Etablierung einer neuen Ordnung. Dieser Kampf wurde stets auf mehreren Ebenen geführt: auf der wirtschaftlichen, der militärischen und der politischen. Begonnen hatte diese Auseinandersetzung schon mitten im Krieg, und sie erstreckte sich bis weit hinein in die 1920er Jahre. Es ist wichtig, sich ein korrektes Bild dieser historischen Entwick-

lung zu verschaffen, um die Ursprünge der sogenannten Pax Americana zu verstehen, die noch heute die Welt definiert. Auch die gewaltige zweite Phase des »zweiten Dreißigjährigen Krieges«, auf den Churchill 1945 zurückblickte, ist nur vor diesem Hintergrund zu begreifen.<sup>13</sup> Die spektakuläre Eskalation der Gewalt in den 1930er und 1940er Jahren zeugt von dem Glauben derer, die den neuen Status quo nicht akzeptierten, dass sie es mit einer neuartigen, bedrohlichen Kraft zu tun hatten – mit der befürchteten künftigen Dominanz der amerikanischen, kapitalistischen Demokratie. Eben diese war es, die Hitler, Stalin, die italienischen Faschisten und ihr japanisches Pendant zu so radikalen Taten veranlasste. Ihren häufig unsichtbaren, nicht zu greifenden Gegnern schrieben sie konspirative Absichten zu und witterten ein die ganze Welt umspannendes, bösartigen Netz der Einflussnahme. Das waren zum großen Teil Wahnvorstellungen. Doch um zu begreifen, wie die ultragewalttätige Politik der Zwischenkriegszeit auf dem Boden des Ersten Weltkriegs und seinen Folgen entstanden ist, muss diese dialektische Beziehung zwischen Ordnung und Auflehnung ernst nehmen. Man erfasst Bewegungen wie den Faschismus oder den Sowjetkommunismus nur sehr unzureichend, wenn man sie als bekannte Äußerungen der rassistisch-imperialistischen Strömungen der modernen, europäischen Geschichte verbucht oder ihre Geschichte vom Höhepunkt der Eskalation in den Jahren 1940 bis 1942 aus rückwärts erzählt, als sie in ganz Europa und Asien siegreich wüteten und ihnen die Zukunft zu gehören schien. Welch anheimelnde Wunschbilder ihre Anhänger auf sie auch projiziert haben mögen, die Führer des faschistischen Italien, des nationalsozialistischen Deutschland, des kaiserlichen Japan und der Sowjetunion hielten sich allesamt für radikale Insurgenten gegen eine machtvolle repressive Weltordnung. Trotz all ihres Großsprecher-tums in den 1930er Jahren hielten sie die Westmächte im Grunde nicht für schwach, sondern für faul und scheinheilig. Hinter einer Fassade aus Moral und grenzenlosem Optimismus verbargen die Westmächte die massive Stärke, dank derer sie das deutsche Kaiserreich zerschlagen hatten und eine dauerhafte Hegemonie zu errichten drohten. Gegen die lähmende Vorstellung vom Ende der Geschichte half nur eine beispiellose Anstrengung, die zudem mit ungeheuren Risiken verbunden war.<sup>14</sup> Das war die furchteinflößende Lektion, die die Rebellen gegen den Status quo aus dem Gang der Weltgeschichte von 1916 bis 1931 zogen – aus der Geschichte, von der dieses Buch erzählt.



## I

Was waren die wesentlichen Bausteine dieser neuen Ordnung, die ihren potenziellen Gegnern so beängstigend vorkam? Nach allgemeiner Meinung waren dies drei Elemente: moralische Autorität gestützt auf militärische Macht und wirtschaftliche Überlegenheit.

Der Erste Weltkrieg, der in den Augen vieler Teilnehmer als ein Aufeinanderprallen von Reichen, also als ein klassischer Krieg zwischen Großmächten begonnen hatte, endete als ein moralisch wie politisch viel stärker aufgeladenes Unterfangen: als ein historischer Sieg einer Koalition, die sich selbst zur Verfechterin einer neuen Weltordnung ausgerufen hatte.<sup>15</sup> Mit einem amerikanischen Präsidenten an der Spitze, führte sie »Krieg, um alle Kriege zu beenden«, und gewann diesen Krieg, um die Herrschaft des Völkerrechts zu wahren und Autokratie und Militarismus zu stürzen. Ein japanischer Augenzeuge bemerkte dazu: »Die Kapitulation Deutschlands hat den Militarismus und den Bürokratismus von Grund auf in Frage gestellt. Als natürliche Konsequenz hat die Politik, die sich auf das Volk stützt, die den Willen des Volkes wiedergibt, nämlich die Demokratie (*minponshugi*), wie ein Himmelsstürmer das Denken der ganzen Welt erobert.«<sup>16</sup> Churchill wählte folgendes Bild, um die neue Ordnung zu beschreiben: »die Zwillingspyramiden des Friedens ragen fest und unerschütterlich auf«. Pyramiden sind vor allem eins: Stein gewordene Zeugnisse der Vereinigung von spiritueller und materieller Macht. Sie versinnbildlichten für Churchill auf schlagende Weise die heeren Vorstellungen, die seine Zeitgenossen mit diesem Projekt der Zivilisierung zwischenstaatlicher Gewalt verbanden. Trotzki beschrieb die Welt wie immer deutlich nüchterner. Wenn Innenpolitik und internationale Beziehungen tatsächlich nicht länger voneinander zu trennen waren, so ließen sich beide, zumindest in seinen Augen, auf eine einzige Logik reduzieren: Das »ganze politische Leben«, selbst von Staaten wie Frankreich, Italien und Deutschland, bis hin zum »Wechsel der Parteien und Regierungen wird letzten Endes durch den Willen des amerikanischen Kapitals bestimmt werden ...«<sup>17</sup> Mit dem ihm eigenen sarkastischen Humor beschwor Trotzki nicht die Ehrfurcht gebietenden Pyramiden herauf, sondern eine Komödie, in der Chicagoer Fleischhändler, Provinzsenatoren und Hersteller von Kondensmilch einem Regierungschef Frankreichs, einem britischen Außenminister oder einem italienischen Diktator einen

Vortrag über die Tugenden der Abrüstung und des Weltfriedens hielten. Das waren die ungehobelten Herolde des amerikanischen Strebens nach »Weltherrschaft«, mit seinem internationalistischen Ethos von Frieden, Fortschritt und Profit.<sup>18</sup>

So unpassend sie auch in der Form gewesen sein mögen, diese Moralisierung und Politisierung der internationalen Beziehungen waren ein hochriskantes Spiel. Seit den Religionskriegen im 17. Jahrhundert hatte sich die Auffassung durchgesetzt, in der internationalen Politik und dem Völkerrecht streng zwischen Außen- und Innenpolitik zu trennen. Moralische Bewertungen und nationale Rechtsvorstellungen hatten keinen Platz in der Welt der Großmachtdiplomatie und der Kriege. Indem die Architekten der neuen »Weltordnung« diese Grenze überschritten, spielten sie ganz bewusst das Spiel von Revolutionären. Genaugenommen war seit 1917 die revolutionäre Absicht immer deutlicher zum Ausdruck gebracht worden. Ein Regimewechsel war zur Voraussetzung für Waffenstillstandsverhandlungen geworden. Der Versailler Vertrag schrieb die Kriegsschuld fest und stempelte den Kaiser zum Verbrecher. Und die Reiche der Osmanen und der Habsburger waren von Woodrow Wilson und der Entente längst zum Tod verurteilt worden. Ende der 1920er Jahre war, wie wir sehen werden, der »Aggressionskrieg« ganz generell geächtet worden. Aber so ansprechend diese liberalen Grundsätze gewesen sein mochten, sie warfen grundlegende Fragen auf. Was gab den Siegermächten das Recht, das Gesetz in dieser Form festzulegen? Gestaltete Macht das Recht? Wie hoch war ihr Einsatz gewesen, damit sie recht bekamen? Konnten Ansprüche dieser Art ein dauerhaftes Fundament für eine internationale Ordnung sein? So schrecklich auch die Vorstellung war, einen weiteren Krieg in Erwägung zu ziehen, bedeutete die Ausrufung eines ewigen Friedens nicht eine zutiefst konservative Festlegung auf die Bewahrung des Status quo, ganz unabhängig von dessen Rechtmäßigkeit? Churchill konnte sich seinen Optimismus leisten. Sein Land zählte seit langem zu den erfolgreichsten Verfechtern einer internationalen Moral und des Völkerrechts. Aber was, wenn man sich, wie ein deutscher Historiker in den 1920er Jahren schrieb, unter den Entrechteten und »Geschlagenen« wiederfindet, unter den niederen Spezies in der neuen Ordnung, als »Fellenstaat« im Schatten der Friedenspyramiden?<sup>19</sup>

Für wahre Konservative lautete die einzig befriedigende Antwort: die Zeit zurückdrehen. Nach ihrer Auffassung sollte der liberale Trend zum

moralisch aufgeladenen überstaatlichen Zusammenschluss umgekehrt werden; die internationale Politik sollte wieder fußen auf dem in idealisierten Farben gemalten Bild des *Jus Publicum Europaeum*, in dem die europäischen Herrscherhäuser in einer wertfreien, nicht hierarchischen Anarchie Seite an Seite lebten.<sup>20</sup> Doch das war nicht nur eine Geschichtsverklärung, die wenig mit der Realität der internationalen Politik im 18. und 19. Jahrhundert zu tun hatte. Es ließ auch die Kräfte außer Acht, von denen Bethmann Hollweg im Frühjahr 1916 vor dem Reichstag gesprochen hatte. Nach diesem Krieg gab es kein Zurück.<sup>21</sup> Die wahren Alternativen waren weit radikaler: entweder eine neue Form des Konformismus oder ein Aufstand in der Art, wie ihn Benito Mussolini unmittelbar nach dem Krieg anzettelte. In Mailand rief er im März 1919 die Faschistische Bewegung ins Leben, die sich gegen die entstehende neue Ordnung richtete. Mussolini diffamierte diese als »einen pathetischen ›Betrug‹ der Reichen« – damit meinte er Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten – »an den proletarischen Nationen« – sprich Italien –, »um die jetzigen Bedingungen des weltweiten Gleichgewichts für immer und ewig festzuschreiben ...«<sup>22</sup> Anstelle einer Rückkehr zu einem imaginären *ancien régime* versprach er eine weitere Stufe der Eskalation. Mit dieser Art der Politisierung der internationalen Beziehungen zeigte sich auch wieder das hässliche Gesicht unversöhnlicher Wertkonflikte, das sowohl die Religionskriege des 17. Jahrhunderts als auch die revolutionären Kriege Ende des 18. Jahrhunderts so tödlich hatte werden lassen. Angesichts der Schrecken des Ersten Weltkriegs gab es nur zwei Möglichkeiten: entweder ein dauerhafter Frieden oder ein noch radikalerer Krieg als der letzte.

Die Gefahr einer solchen Konfrontation war eindeutig gegeben, aber das damit verbundene Risiko hing nicht allein von der geschürten Verbitterung oder den sich bekämpfenden Ideologien ab. Letztlich hingen die Risiken, die mit dem Versuch verbunden waren, eine neue internationale Ordnung zu schaffen und zu bewahren, von der Glaubwürdigkeit der ethischen Prinzipien ab, die eingeführt werden sollten, und davon, ob diese Prinzipien aus sich selbst heraus allgemein akzeptiert würden, sowie von der Kraft, die zu ihrer Unterstützung aufgeboten wurde. Nach 1945, als die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich im Kalten Krieg feindlich gegenüberstanden, wurde die Welt Zeugin einer bis zum Äußersten getriebenen Logik der Auseinandersetzung. Zwei globale Bündnissysteme mit selbstbewusst widerstreitenden Ideologien und

gigantischen Atomwaffenarsenalen bedrohten die Menschheit mit dem Gleichgewicht des Schreckens. Die Jahre 1918/19 erscheinen vielen Historikern als ein Vorläufer des Kalten Krieges, wobei sich Wilson angeblich Lenin entgegenstellte. Aber diese Analogie, so plausibel sie klingen mag, führt in die Irre, weil nichts an der Situation des Jahres 1919 mit der Symmetrie von 1945 vergleichbar gewesen wäre.<sup>23</sup> Im November 1918 lag nicht nur Deutschland am Boden, sondern auch Russland. Das Kräfteverhältnis von 1919 ähnelte viel stärker dem einseitigen Zustand von 1989 als der geteilten Welt von 1945. Wenn die Idee, die Welt um einen einzigen Machtblock und eine Reihe liberaler, »westlicher« Werte neu zu ordnen, wie eine radikale Neuerung erschien, so macht gerade das den Ausgang des Ersten Weltkrieges so dramatisch.

Die Niederlage von 1918 war für die Mittelmächte desto bitterer, weil die militärische Initiative im Verlauf des Krieges mehrfach gewechselt hatte. Durch eine bemerkenswerte Stabsarbeit war es den Generälen des Kaisers wiederholt gelungen, vor Ort eine Überlegenheit herzustellen und mit einem entscheidenden Durchbruch zu drohen: im Jahr 1915 in Polen, bei Verdun 1916, an der italienischen Front im Herbst 1917, an der Westfront selbst noch im Frühjahr 1918. Doch diese dramatischen Momentaufnahmen dürfen nicht davon ablenken, dass sich die Mittelmächte nur gegen Russland tatsächlich durchsetzten. An der Westfront erlebten sie vom Sommer 1914 bis zum Sommer 1918 eine Enttäuschung nach der anderen – nicht zuletzt aufgrund der Größe des Einsatzes militärischen Materials: Seit dem Sommer 1916, als die britische Armee eine gigantische transatlantische Nachschublinie auf den europäischen Schlachtfeldern einsetzte, war es nur eine Frage der Zeit, bis jede von den Mittelmächten errichtete Überlegenheit vor Ort in ihr Gegenteil umschlug. Sie wurden in einem Zermürbungskrieg aufgerieben. Obwohl noch in den letzten Tagen des Krieges im Oktober 1918 eine dünne Kruste des Widerstands existierte, war dann der Zusammenbruch fast total. Als die Großmächte sich in Versailles zu einer Weltkonferenz von noch nie dagewesenen Ausmaßen trafen, waren Deutschland und seine Verbündeten am Boden zerstört. In den kommenden Monaten wurden ihre einst stolzen Heere aufgelöst. Frankreich und seine Verbündeten in Mittel- und Osteuropa waren nun die Herren der europäischen Bühne, aber damit hatte, wie den Franzosen schmerzlich bewusst war, der Prozess der Neuordnung erst begonnen. Am dritten Jahrestag des Waffenstillstands, im November 1921,

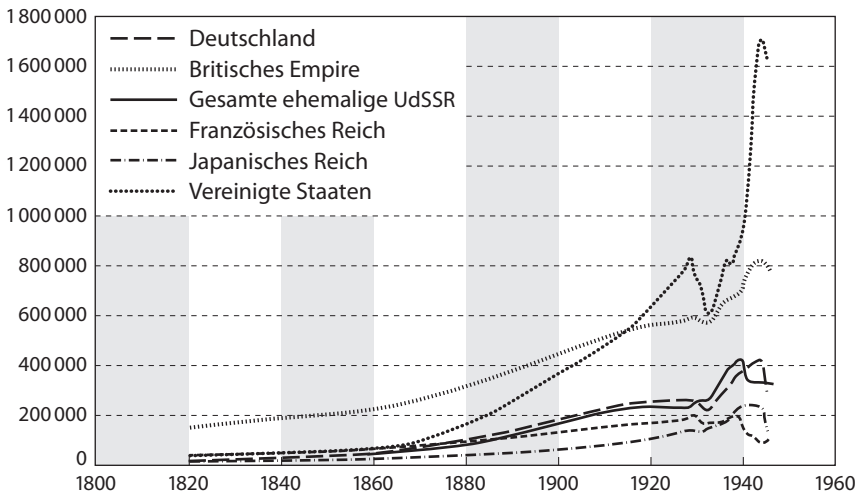
kam in Washington zum ersten Mal ein exklusiver Klub von Regierungschefs zusammen und akzeptierte eine auf beispiellose Weise von Amerika bestimmte Weltordnung. Die Währung, mit der auf dieser Flottenkonferenz in Washington Macht gemessen wurde, war die Anzahl der Schlachtschiffe, die, wie Trotzki spöttisch kommentierte, in »Rationen« zugeteilt wurden.<sup>24</sup> Hier war von der Doppeldeutigkeit des Versailler Friedens nichts zu sehen, geschweige denn von den nebulösen Bestimmungen der Völkerbundakte. Die Anteile an der geostrategischen Macht wurden nach folgendem Schlüssel festgelegt: 10:10:6:3:3. An der Spitze standen gleichgewichtig Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die einzigen Mächte mit Flottenpräsenz auf allen Weltmeeren. Japan als eine auf den Pazifik, also nur auf einen Ozean beschränkte Macht, folge auf Platz drei. Und die Machtsphäre Frankreichs und Italiens wurde auf die Atlantikküste und das Mittelmeer begrenzt. Deutschland und Russland wurden nicht einmal als potenzielle Konferenzteilnehmer in Betracht gezogen. Das also war das Ergebnis des Ersten Weltkriegs: eine alles umfassende Weltordnung, in der strategische Macht strenger überwacht wurde als heutzutage die Verbreitung von Atomwaffen. Es handle sich um eine Wende in den internationalen Beziehungen, merkte Trotzki an, die man durchaus mit der Kopernikanischen Wende im Mittelalter vergleichen könne.<sup>25</sup>

Die Washingtoner Flottenkonferenz war eine krasse Manifestation jener Kraft, welche die neue internationale Ordnung garantieren sollte, aber schon im Jahr 1921 fragten sich manche, ob die großen »Burgen aus Stahl« der Schlachtschiffära wirklich die Waffen der Zukunft seien. Solche Überlegungen waren jedoch unerheblich. Welchen militärischen Nutzen Schlachtschiffe auch haben mochten, sie waren die teuersten und technologisch höchstentwickelten Instrumente der globalen Machtausübung. Nur die reichsten Länder konnten sich eigene Schlachtschiffflotten leisten. Dabei baute Amerika nicht einmal die volle ihm zustehende Zahl an Schiffen. Es genügte schon, dass alle wussten, dass es dazu imstande war. Die Wirtschaft war das dominierende Medium des amerikanischen Einflusses, militärische Stärke war ein Nebenprodukt. Das erkannte Trotzki nicht nur, sondern legte auch großen Wert darauf, die Dominanz an konkreten Zahlen festzumachen. In einem Zeitalter des verschärften internationalen Wettbewerbs war die dunkle Kunst der vergleichenden Wirtschaftsstatistik eine charakteristische Hauptbeschäftigung. Im Jahr 1872

hatten Trotzki zufolge die Volkseinkommen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs in etwa gleichauf gelegen; sie alle hatten über ein Einkommen von 30 bis 40 Milliarden Dollar verfügt. 50 Jahre danach herrschte eine gewaltige Diskrepanz. Nachkriegsdeutschland war verarmt, laut Trotzki gar ärmer als im Jahr 1872. Im Gegensatz dazu sei »Frankreich – etwa doppelt so reich (68 Milliarden), England – ebenfalls (etwa 89 Milliarden), während das Volksvermögen [der] U.S.A. jetzt nach vorsichtiger Schätzung 320 Milliarden Dollar beträgt.«<sup>26</sup> Diese Zahlen waren zwar reine Spekulation, aber niemand bestritt, dass die britische Regierung zur Zeit der Flottenkonferenz den amerikanischen Steuerzahlern 4,5 Milliarden Dollar schuldete, die Franzosen 3,5 Milliarden und Italien 1,8 Milliarden. Die japanische Zahlungsbilanz hatte sich dramatisch verschlechtert und das Land wartete angstvoll auf Unterstützung der US-Bank J. P. Morgan. Um die gleiche Zeit wurden zehn Millionen Sowjetbürger durch die amerikanische Hungerhilfe vor dem sicheren Tod bewahrt. Keine Macht hatte jemals eine so weltumspannende wirtschaftliche Dominanz ausgeübt.

Wenn wir die Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem 19. Jahrhundert mithilfe heutiger statistischer Methoden veranschaulichen, wird deutlich, dass die Geschichte zweigeteilt ist (Grafik 1).<sup>27</sup> Seit Beginn des 19. Jahrhunderts war das Britische Empire die größte Wirtschaftseinheit auf der Welt gewesen. Im Laufe des Jahres 1916, dem Jahr der Schlachten bei Verdun und an der Somme, wurde die gesamte Produktion des Britischen Empire von der der Vereinigten Staaten von Amerika überholt. Von da an bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts blieb die amerikanische Wirtschaftsmacht der entscheidende Faktor für die Gestaltung der Weltordnung.

Inbesondere für britische Autoren bestand stets die Versuchung, die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts als eine Geschichte der Nachfolge zu präsentieren, der zufolge die Vereinigten Staaten das Zepter der britischen Vormachtstellung erbten.<sup>28</sup> Das schmeichelt zwar Großbritannien, führt aber in die Irre, weil damit eine Kontinuität der Probleme der internationalen Staatenordnung und der Methoden, diese zu lösen, angedeutet wird. Die Probleme der Weltordnung, die sich durch den Ersten Weltkrieg stellten, waren aber nicht vergleichbar mit vorangegangenen internationalen Herausforderungen, sei es der Briten, der Amerikaner oder einer anderen Macht. Und zugleich war die amerikanische Wirtschaftsmacht



**Grafik 1.** Das BIP der Reiche (nach dem Wert des Dollar von 1990)

sowohl quantitativ als auch qualitativ sehr viel größer als diejenige, über die Großbritannien jemals verfügt hatte. Die wirtschaftliche Vorherrschaft Großbritanniens hatte sich innerhalb des von ihm geschaffenen »Weltsystems« entfaltet, das sich von der Karibik bis zum Pazifik erstreckte und sich mit den Mitteln des Freihandels, der Bevölkerungswanderung und des Kapitalexports »informell« noch sehr viel weiter ausdehnte.<sup>29</sup> Und im Rahmen dieses Weltsystems entwickelten sich auch all die anderen Volkswirtschaften, die im späten 19. Jahrhundert die fortschreitende Globalisierung des Handels und der Wirtschaft vorantrieben. In Anbetracht des Aufstiegs anderer Nationen zu bedeutenden Wettbewerbern sprachen sich einige Verfechter des Empire, Fürsprecher eines »greater Britain«, nachdrücklich dafür aus, aus diesem heterogenen Konglomerat einen in sich geschlossenen Wirtschaftsblock zu schmieden.<sup>30</sup> Aber dank der im britischen Bewusstsein verankerten Kultur des Freihandels wurden Schutzzölle für den Handel zwischen Großbritannien, seinen Kolonien und überseeischen Herrschaftsgebieten nur während der verheerenden Weltwirtschaftskrise eingeführt. Nicht das britische Weltreich, sondern die Vereinigten Staaten verkörperten all das, wonach die Fürsprecher eines wirtschaftlichen Großraums strebten: Was als eine Ansammlung verschiedenartiger kolonialer Siedlungen begonnen hatte, hatte sich bereits Anfang des 19. Jahrhunderts zu einem expandierenden,

hochgradig integrativen Reich entwickelt. Im Gegensatz zum britischen Empire gliederte die amerikanische Republik die neuen Territorien im Westen und Süden uneingeschränkt in die föderale Verfassung ein. Bedenkt man die schon bei der Staatsgründung bestehende Kluft zwischen dem auf Sklavenarbeit basierenden Süden und dem die Sklaverei ablehnenden Norden, war dieser Zusammenschluss mit Gefahren verbunden. Im Jahr 1861, nicht einmal 100 Jahre nach seiner Gründung, wurde das sich rasant ausdehnende Gemeinwesen von einem furchtbaren Bürgerkrieg erschüttert. Vier Jahre danach war der Bundesstaat zwar gerettet worden, aber zu einem vergleichbar schrecklichen Preis wie dem, den die Hauptakteure des Ersten Weltkriegs zahlten. Die politische Klasse der Vereinigten Staaten bestand 1914, fünfzig Jahre nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs, also aus durch die blutigen Kriegserfahrungen ihrer Kindheit traumatisierten Männern. Um die Friedenspolitik des Weißen Hauses unter Woodrow Wilson zu verstehen, muss man sich vor Augen führen, dass der 28. Präsident der Vereinigten Staaten das erste Kabinett aus Demokraten der Südstaaten anführte, das seit dem Sezessionskrieg regierte. In ihrem eigenen Aufstieg sahen diese Männer die Versöhnung des weißen Amerika und die Neugründung des amerikanischen Nationalstaats bestätigt.<sup>31</sup> Unter furchtbaren Kosten war aus Amerika ein historisch beispielloses Staatswesen geworden. Das war nicht mehr das landhungrige, nach Westen expandierende Reich. Aber es war auch nicht Thomas Jeffersons neoklassisches Ideal einer »Stadt auf einem Hügel«. Ein Gemeinwesen war entstanden, das nach der klassischen politischen Theorie als nicht realisierbar gegolten hatte. Es war ein stabiler Bundesstaat von kontinentaler Größe, ein gigantischer Nationalstaat. Zwischen 1865 und 1914 wuchs die amerikanische Volkswirtschaft, die von den Märkten, Verkehrs- und Kommunikationsnetzen des britischen Weltsystems profitierte, schneller als irgendeine Volkswirtschaft jemals zuvor. Allein durch die beherrschende Stellung entlang der Küsten der beiden größten Weltmeere erhob der neue Staat einen einzigartigen Anspruch auf weltweiten Einfluss und verfügte auch über die dazu nötigen Mittel. Wer die Vereinigten Staaten als Erbe der britischen Vorherrschaft beschreibt, verhält sich ähnlich wie diejenigen, die noch 1908 hartnäckig daran festhielten, Henry Fords »Model T« als »pferdelose Kutsche« zu bezeichnen. Diese Formulierung war zwar nicht falsch, aber sie war anachronistisch. Es handelte sich nicht um eine Erbfolge, sondern um einen Paradigmen-



wechsel, der einherging mit dem Eintreten der Vereinigten Staaten für eine neuartige Vorstellung einer Weltordnung.

In diesem Buch wird noch oft von Woodrow Wilson und seinen Nachfolgern die Rede sein. Doch ein absolut elementarer Punkt lässt sich schon ohne weiteres festhalten: Nachdem sich die USA durch einen aggressiven Expansionsprozess kontinentalen Ausmaßes, der jedoch jeden Konflikt mit anderen Großmächten mied, zu einem Nationalstaat von globalem Einfluss entwickelt hatten, verfügten sie über eine ganz andere strategische Ausrichtung als die alten Mächte Großbritannien und Frankreich oder deren unlängst aufgetauchte Rivalen Deutschland, Japan und Italien. Die Vereinigten Staaten erkannten, als sie Ende des 19. Jahrhunderts die Weltbühne betraten, dass es in ihrem Interesse lag, die heftige internationale Konkurrenz zu beenden, die seit den 1870er Jahren das neue Zeitalter des weltweiten Imperialismus geprägt hatte. Gewiss, im Jahr 1898 im Spanisch-amerikanischen Krieg begeisterte sich auch die politische Klasse Amerikas für eine Expansion nach Übersee. Doch angesichts der tatsächlichen Erfahrung der Kolonialherrschaft auf den Philippinen verpuffte die Begeisterung rasch, und eine grundlegende strategische Einsicht setzte sich durch. Amerika konnte nicht von der Welt des 20. Jahrhunderts losgelöst bleiben. Der Aufbau einer großen Flotte war bis zum Auftreten der strategischen Luftwaffe die Hauptachse der amerikanischen Militärstrategie. Amerika achtete auf das Wohlverhalten seiner Nachbarn in der Karibik und Mittelamerika und auf die Einhaltung der Monroe-Doktrin, der Schranke gegen externe Intervention in der westlichen Hemisphäre. Anderen Mächten musste der Zugang verwehrt werden. Amerika legte zahlreiche Militärbasen und Stützpunkte zur Ausübung seiner Macht an. Doch auf ein Sammelsurium zusammengewürfelter kolonialer Besitztümer konnten die Vereinigten Staaten gut und gerne verzichten. In diesem Punkt bestand ein grundlegender Unterschied zwischen den auf ihrem eigenen Großraum basierenden Vereinigten Staaten und dem »liberalen Imperialismus« Großbritanniens.<sup>32</sup>

Die wahre Logik der amerikanischen Macht wurde zwischen 1899 und 1902 in drei Noten artikuliert, in denen Außenminister John Hay zum ersten Mal die sogenannte Politik der offenen Tür skizzierte. Als Basis für eine neue internationale Ordnung schlugen diese Noten ein täuschend einfaches, aber weitreichendes Prinzip vor: gleichen Zugang für Waren und Kapital.<sup>33</sup> Um Missverständnissen vorzubeugen: Diese »offene

Tür« war kein Aufruf zum Freihandel. Unter den großen Volkswirtschaften setzten die Vereinigten Staaten am stärksten auf Protektionismus. Und sie begrüßten auch keineswegs jeden Wettbewerb um seiner selbst willen. Sobald weltweit die Türen geöffnet waren, würden, so die zuversichtliche Annahme der US-Strategen, amerikanische Exporteure und Bankiers alle Rivalen aus dem Feld schlagen. Langfristig sollte die Politik der offenen Tür somit die exklusive Herrschaft der Europäer in deren Besitzungen untergraben. Es ging den USA ebensowenig darum, an der imperialistischen Rassenhierarchie oder der Trennung der Hautfarben zu rütteln. Handel und Investitionen verlangten Ordnung, nicht Revolution. Nicht gegen Imperialismus im Sinne einer ertragreichen kolonialen Expansion oder der Herrschaft der Weißen über farbige Völker richtete sich also die amerikanische Strategie, sondern gegen Imperialismus im Sinne der »selbstsüchtigen«, gewaltsamen Rivalität zwischen Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Russland und Japan. Denn diese drohte, die ganze Welt in abgeschlossene Interessensphären aufzuteilen.

Der Krieg machte Woodrow Wilson zu einer internationalen Berühmtheit, seither wurde der amerikanische Präsident als bahnbrechender Prophet des liberalen Internationalismus gefeiert. Dabei waren die Grundelemente seines Programms nichts weiter als vorhersehbare Erweiterungen der auf der amerikanischen Macht basierenden Politik der offenen Tür. Wilson wollte internationale Schlichtung, freie Schifffahrt auf den Weltmeeren und die Gleichbehandlung in der Handelspolitik. Und dem Wettstreit der imperialistischen Mächte sollte der Völkerbund ein Ende setzen. Das war die antimilitaristische, postimperialistische Agenda eines Landes, das sich seines weltweiten Einflusses sicher war – eines Einflusses, den es aus der Entfernung und über »weiche« Machtmittel ausüben wollte: Wirtschaft und Ideologie.<sup>34</sup> Bisher ist allerdings nicht hinreichend bedacht worden, inwieweit Wilson überhaupt bereit war, diese Agenda der amerikanischen Hegemonie gegen sämtliche Spielarten des europäischen und japanischen Imperialismus durchzusetzen. Die ersten Kapitel dieses Buches werden zeigen, dass Wilson Amerika 1916 keineswegs mit dem Ziel an die vorderste Front der Weltpolitik geführt hatte, dafür zu sorgen, dass die »richtige« Seite diesen Krieg gewann, sondern dass keine Seite gewann. Er lehnte jede offene Verbindung mit der Entente ab und tat alles in seiner Macht Stehende, um die von London und Paris angestrebte Eskalation des Krieges zu verhindern, mit der diese hofften,

Amerika auf ihre Seite zu ziehen. Nur ein Frieden ohne Sieg – das Ziel, das er im Januar 1917 in einer wegweisenden Rede vor dem Senat verkündete – konnte die Vereinigten Staaten zum unumstrittenen Schiedsrichter der Weltpolitik machen. Trotz des Scheiterns dieser Politik schon im Frühjahr 1917 und trotz des widerwilligen Eintritts der USA in den Ersten Weltkrieg blieb dies, wie wir sehen werden, das Hauptziel Wilsons und seiner Nachfolger bis in die 1930er Jahre. Und genau hier liegt auch der Schlüssel zur Beantwortung der daraus folgenden Frage: Wenn die Vereinigten Staaten tatsächlich eine Welt der offenen Tür etablieren wollten und ihnen dafür so eindrucksvolle Ressourcen zur Verfügung standen, warum ging dann alles so furchtbar schief?

## II

Die Frage nach dem Scheitern des Liberalismus ist die Standardfrage der Historiographie zur Zwischenkriegszeit.<sup>35</sup> Diese Frage erscheint in einem anderen Licht, und genau da setzt deshalb dieses Buch an, wenn man sich vor Augen führt, wie dominant die Sieger des Ersten Weltkriegs mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten an der Spitze wirklich waren. In Anbetracht der Ereignisse der 1930er Jahre wird dies allzu leicht vergessen. Auch ließ die unmittelbare Antwort, die die Verfechter des Wilsonianismus gaben, das Gegenteil vermuten, also dass von einer Dominanz keine Rede sein konnte.<sup>36</sup> Schon bevor es dazu kam, ahnten sie bereits das Scheitern der Versailler Friedenskonferenz und stilisierten Wilson zum tragischen Helden, der vergeblich versuchte, sich aus den Machenschaften der Alten Welt herauszuhalten. Dieses Narrativ fußte auf der Unterscheidung zwischen dem amerikanischen Propheten einer liberalen Zukunft und der korrupten Alten Welt, der er seine Botschaft verkündete.<sup>37</sup> Letzten Endes fügte sich Wilson den Kräften der Alten Welt, allen voran den britischen und französischen Imperialisten. Das Ergebnis war ein »schlechter« Frieden, der vom amerikanischen Senat und einem großen Teil der Bevölkerung abgelehnt wurde, nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen englischsprachigen Welt.<sup>38</sup> Es kam noch schlimmer. Die von Verfechtern der alten Ordnung in Gang gesetzten Nachhutgefechte blockierten nicht nur den Weg zu einer neuen Welt, sondern öffneten zudem noch weit gewalttätigeren politischen Dämonen Tür und

Tor.<sup>39</sup> Während Europa von Revolutionen und gewaltsamen Konterrevolutionen erschüttert wurde, fand sich Wilson mit Lenin konfrontiert, eine erste Andeutung des Kalten Krieges. Zugleich belebte das Schreckgespenst des Kommunismus die extreme Rechte. Zunächst in Italien und dann auf dem ganzen europäischen Kontinent trat der Faschismus in den Vordergrund, am tödlichsten in Deutschland. Die Gewalt und der zunehmend rassistisch und antisemitisch geprägte politische Diskurs der Krisenjahre 1917 bis 1921 kündigten auf beklemmende Weise die noch größeren Schrecken der 1940er Jahre an. Für diese Katastrophe konnte die Alte Welt keinem anderen als sich selbst die Schuld geben. Europa war, mit Japan als seinem tüchtigen Schüler, wirklich der »dunkle Kontinent«.<sup>40</sup>

So erzählt, hat die Geschichte eine hohe dramatische Wirkung und auch eine bemerkenswert reichhaltige historische Literatur hervorgebracht. Aber auch über den Nutzen für die Geschichtsdarstellung hinaus ist dieses Narrativ wichtig, weil es tatsächlich die transatlantischen Diskussionen über die Ausgestaltung der Politik seit der Jahrhundertwende geprägt hat. Wie wir sehen werden, wurden sowohl die Haltung der Regierung Wilson als auch die ihrer republikanischen Nachfolger bis hin zu Herbert Hoover von dieser Wahrnehmung der europäischen und japanischen Geschichte geprägt.<sup>41</sup> Zudem hatte diese Version nicht nur für Amerikaner, sondern auch für Europäer ihren Reiz. Den Linksliberalen, Sozialisten und Sozialdemokraten in Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan lieferte Wilson Argumente, die sie gegen ihre politischen Gegner im eigenen Land einsetzen konnten. Tatsächlich gewann Europa während des Ersten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit im Spiegel der amerikanischen Macht und Propaganda einen neuen Begriff von der eigenen »Rückständigkeit« – eine Selbsteinschätzung, die nach 1945 noch stärker zum Tragen kam.<sup>42</sup> Doch gerade weil diese historische Wahrnehmung Europas als eines dunklen Kontinents, der sich hartnäckig dem historischen Fortschritt widersetzt, tatsächlich Einfluss auf die Geschichte hatte, birgt dieses Narrativ zugleich Gefahren für die Historiker. Das totale Fiasko des Wilsonianismus hat einen langen Schatten geworfen. Sein Konstrukt der Geschichte der Zwischenkriegszeit durchdringt die Quellen so sehr, dass eine bewusste Anstrengung nötig ist, will man es sich vom Leib halten. Eben deshalb kommt dem ungewöhnlichen Trio zu Beginn dieser Einleitung – Churchill, Hitler und Trotzki – eine so hohe korrektive Bedeutung zu. Ihr Blick auf die Nachkriegszeit war ein völlig anderer. Sie waren überzeugt,

dass sich *tatsächlich* ein grundlegender Wandel in der Weltpolitik vollzogen hatte. Sie waren sich ferner einig, dass die Bedingungen dieses Umbruchs von den Vereinigten Staaten diktiert wurden, mit Großbritannien als bereitwilligem Gehilfen. Angenommen, es gab eine Dialektik der Radikalisierung, die hinter den Kulissen wirkte und extremistischen Aufständen Tür und Tor öffnete, so war diese im Jahr 1929 weder Trotzki noch Hitler ersichtlich. Eine zweite dramatische Krise, die Weltwirtschaftskrise, war erforderlich, um die Lawine des Aufstands auszulösen. Sobald die Extremisten ihre Chance bekamen, nährte eben dieses Gefühl, es mit einem mächtigen Gegner zu tun zu haben, die Gewalt und die tödliche Energie, mit der sie gegen die Nachkriegsordnung aufbegehrten.

Das führt zum zweiten wichtigen Interpretationsmuster der Katastrophe der Zwischenkriegszeit, der These von der Hegemoniekrise.<sup>43</sup> Diese Deutung beginnt an exakt dem gleichen Punkt, an dem wir hier ansetzen, nämlich mit dem vernichtenden Sieg der Entente und der Vereinigten Staaten im Ersten Weltkrieg, und fragt nicht, warum man sich diesem Schwergewicht der amerikanischen Macht widersetzte, sondern warum die Sieger, die doch infolge des Großen Krieges ein so großes Machtübergewicht hatten, nicht die Oberhand behielten. Immerhin war ihre Überlegenheit nicht eingebildet. Ihr Sieg im Jahr 1918 war kein Zufall. 1945 brachte eine ähnliche Koalition Italien, Deutschland und Japan eine noch verheerendere Niederlage bei. Darüber hinaus hatten die Vereinigten Staaten nach 1945 in ihrer Machtsphäre eine äußerst erfolgreiche politische und wirtschaftliche Neuordnung in Angriff genommen.<sup>44</sup> Was ist also nach 1918 schiefgelaufen? Warum ist die amerikanische Politik in Versailles fehlgeschlagen? Warum ist die Weltwirtschaft im Jahr 1929 zusammengebrochen? Das sind die Fragen, von denen dieses Buch seinen Ausgang nimmt und die bis heute nachwirken. Warum spielt »der Westen« seine Trümpfe nicht besser aus? Wie steht es um die Organisations- und Führungsfähigkeit des Westens?<sup>45</sup> Mit Blick auf den Aufstieg Chinas gewinnen diese Fragen offensichtlich an Bedeutung. Doch nach welchem Maßstab soll man dieses Scheitern beurteilen, und woher nimmt man eine überzeugende Erklärung für den fehlenden Willen und das mangelnde Urteilsvermögen, die immer wieder die reichen, mächtigen Demokratien heimsuchen?

Konfrontiert mit diesen beiden grundlegenden Erklärungsmustern – »dunkler Kontinent« versus »Scheitern der liberalen Hegemonie« –, strebt

die vorliegende Studie eine Synthese an. Das kann jedoch nicht durch einfache Kombination der beiden gelingen. Vielmehr möchte dieses Buch die beiden historischen Deutungsmuster für eine dritte Frage öffnen, eine, die den blinden Fleck aufzeigt, den sie gemeinsam haben. Beide Interpretationen lassen die radikale Neuartigkeit der Situation außer Acht, der sich die politischen Führer der Welt zu Beginn des 20. Jahrhunderts konfrontiert sahen.<sup>46</sup> Der blinde Fleck steckt in dem primitiven »Neue Welt, alte Welt«-Deutungsmuster der »Dunkler Kontinent«-Schule. Dieses Muster schreibt Innovation, Offenheit und Fortschritt den »externen Kräften« zu, seien es die Vereinigten Staaten oder die revolutionäre Sowjetunion. Gleichzeitig wird die zerstörerische Kraft des Imperialismus vage mit einer »alten Welt« oder einem »ancien régime« identifiziert, einer Epoche, die nach Ansicht mancher Historiker bis in das Zeitalter des Absolutismus oder gar noch weiter in die Tiefen der blutgetränkten europäischen und ostasiatischen Geschichte zurückreicht. Damit werden die Katastrophen des 20. Jahrhunderts der Last der Vergangenheit zugeschrieben. Mag sein, dass das Modell einer Hegemoniekrise die Zwischenkriegsjahre anders deutet. Aber diese Schule holt noch weiter in der Geschichte aus und schert sich noch weniger darum, dass im frühen 20. Jahrhundert womöglich tatsächlich ein neuartiges Zeitalter begann. Die Hegemonietheorie in Reinkultur betont ausdrücklich, dass sich die kapitalistische Weltwirtschaft seit ihren Anfängen im 16. Jahrhundert stets auf eine zentrale, stabilisierende Macht gestützt habe – seien es die italienischen Stadtstaaten, die Habsburgermonarchie, die Republik der Niederlande oder die viktorianische Royal Navy. Die Intervalle zwischen der einen und der nächsten Hegemonialmacht seien typische Krisenzeiten gewesen. Die Krise der Zwischenkriegszeit sei lediglich die letzte derartige Zäsur, gewissermaßen das Intervall zwischen der britischen und der amerikanischen Hegemonie.

Was jedoch keine dieser beiden Sichtweisen erfasst, sind das beispiellose Tempo und Ausmaß sowie die Gewaltsamkeit des Wandels, der sich in der Weltpolitik seit dem späten 19. Jahrhundert vollzog. Rasch erkannten schon die Zeitgenossen, dass der intensive »weltpolitische« Wettbewerb, in den die Großmächte im späten 19. Jahrhundert eintraten, kein beständiges System mit einem langen »Stammbaum« war.<sup>47</sup> Es wurde weder durch die dynastische Tradition noch durch eine ihm innewohnende »natürliche« Stabilität legitimiert, sondern war explosiv, gefährlich, alles

verschlingend, aufreibend und im Jahr 1914 erst wenige Jahrzehnte alt.<sup>48</sup> Der Begriff »Imperialismus« entstammte keineswegs dem Wörterbuch eines ehrwürdigen, aber korrupten *ancien régime*, sondern war ein Neologismus, der erst um 1900 weite Verwendung fand. Er bezeichnete eine neuartige Sicht auf ein ganz neues Phänomen: die Umgestaltung der politischen Struktur des gesamten Erdballs unter den Bedingungen eines ungehinderten militärischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wettbewerbs. Sowohl das Modell des dunklen Kontinents als auch das der Hegemoniekrise beruhen deshalb auf einer unzulänglichen Prämisse. Der moderne, weltweite Imperialismus war eine radikale, neuartige Kraft, nicht ein Überbleibsel der Alten Welt. Und auch die Aufgabe, eine nach-imperialistische hegemoniale Weltordnung zu errichten, war neu. Das volle Ausmaß des Problems, eine Weltordnung in ihrer modernen Form zu schaffen, bekam Großbritannien in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu spüren, als sein weitläufiges Reich überall auf der Welt herausgefordert wurde: in Europa, im Mittelmeer, im Nahen Osten, auf dem indischen Subkontinent, von Russland mit seinen riesigen Landmassen, in Zentral- und in Ostasien. Erst das britische Weltsystem hatte all diese Schauplätze miteinander verknüpft und ihre Krisen in eine weltweite Gleichzeitigkeit gebracht. Statt triumphierend die Fäden zu ziehen, hatte Großbritannien in Anbetracht dieser übermäßig großen Herausforderung notgedrungen improvisiert und eine Reihe strategischer Maßnahmen ergriffen. Wegen der Bedrohung, die von den aufstrebenden Mächten Deutschland und Japan ausging, gab Großbritannien gleichsam seine Insellage auf und ging mit Frankreich, Russland und Japan Bündnisverpflichtungen in Europa und Asien ein. Am Ende errang die von den Briten geführte Entente im Ersten Weltkrieg die Oberhand, aber das gelang nur durch die Intensivierung der strategischen Verflechtungen, die sie mithilfe der britischen und französischen Kolonialreiche rund um die Welt und über den Atlantik bis zu den Vereinigten Staaten ausdehnte. Der Krieg hinterließ also die bislang unbekannte Aufgabe einer wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Welt, aber kein historisches Modell einer weltweiten Hegemonie, auf das man zurückgreifen konnte. Von 1916 an betätigten die Briten sich in großem Stil als Interventions-, Koordinations- und Stabilisierungsmacht, Aktivitäten, zu denen sie sich in der viktorianischen Blütezeit des Empire niemals hätten hinreißen lassen. Die Geschichte des Britischen Empire war nie enger mit der Welt-

geschichte verknüpft als im Krieg und umgekehrt – eine Verflechtung, die zwangsläufig auch in der Nachkriegszeit Bestand hatte. Wie wir sehen werden, übte die von Lloyd George geführte Regierung trotz der begrenzten Ressourcen, die ihr zur Verfügung standen, eine ungewohnte Rolle als Dreh- und Angelpunkt der europäischen Finanzwelt und Diplomatie aus. Aber das führte auch zu seinem Sturz. Die dicht aufeinanderfolgenden Krisen, die im Jahr 1923 ihren Höhepunkt erreichten, beendeten die Regierungszeit von Lloyd George und deckten unübersehbar die Grenzen der britischen Fähigkeiten, Hegemonie auszuüben, auf. Es gab, wenn überhaupt, nur eine Macht, die diese Rolle ausfüllen konnte – eine neue Rolle, die zuvor kein Staat ernsthaft angestrebt hatte: die Vereinigten Staaten von Amerika.

Als Präsident Wilson im Dezember 1918 nach Europa reiste, nahm er ein Team von Geographen, Historikern, Politologen und Ökonomen mit, um die neue Weltkarte sinnvoll zu gestalten.<sup>49</sup> Das Chaos, mit dem die Mächte in der Zeit nach dem Krieg konfrontiert wurden, war gigantisch. In der gesamten Länge und Breite Eurasiens hatte der Krieg ein noch nie dagewesenes Machtvakuum geschaffen. Von den alten Reichen überlebten nur China und Russland. Der sowjetische Staat erholte sich als Erster. Doch die Versuchung, das »Patt« zwischen Wilson und Lenin im Jahr 1918 als eine Vorwegnahme des Kalten Krieges zu interpretieren, ist ein weiteres Beispiel für die Weigerung, die Ausnahmesituation zu erkennen, die durch den Krieg entstanden war. Die Gefahr einer bolschewistischen Revolution war nach 1918 in den Köpfen der Konservativen auf der ganzen Welt präsent. Doch es war die Angst vor einem Bürgerkrieg und anarchischen Zuständen, und es war zum großen Teil nur ein Phantom. Das konnte man auf keinen Fall mit der furchterregenden Militärpräsenz der Roten Armee im Jahr 1945 vergleichen, nicht einmal mit dem strategischen Gewicht des Zarenreichs vor 1914. Lenins Regime überstand die revolutionären Unruhen, die Niederlage gegen die Deutschen und den Bürgerkrieg – aber nur um Haaresbreite. Die ganzen 1920er Jahre über befand sich der kommunistische Staat in der Defensive. Es ist fraglich, ob die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion im Jahr 1945 einander auf Augenhöhe begegneten. Wenn man aber eine Generation zuvor Wilson und Lenin auf eine Stufe stellt, so verkennt man ein absolut bestimmendes Moment der damaligen Situation: den dramatischen Zusammenbruch der russischen Macht. Im Jahr 1920 erschien Russland so schwach, dass die polnische Republik, die



ihrerseits kaum zwei Jahre alt war, einen günstigen Zeitpunkt für eine Invasion gekommen sah. Die Rote Armee war stark genug, um die Bedrohung abzuwehren. Aber als die Sowjets dann nach Westen marschierten, erlitten sie vor Warschau eine vernichtende Niederlage. Der Gegensatz zur Ära des Kalten Kriegs konnte kaum größer sein.

In Anbetracht des erstaunlichen Machtvakuum in Eurasien von Peking bis ins Baltikum ist es kein Wunder, dass die aggressivsten Exponenten des Imperialismus in Japan, Deutschland, Großbritannien und Italien eine vom Himmel geschickte Gelegenheit zur Bereicherung wahrnahmen. Die ungehemmten Ambitionen der Erzimperialisten in Lloyd Georges Kabinett oder etwa von General Ludendorff in Deutschland oder Goto Shinpei in Japan liefern reichlich Material für das Narrativ vom dunklen Kontinent. Aber so aggressiv ihre Visionen eindeutig waren, müssen wir sorgsam auf die feinen Unterschiede achten. Eine Persönlichkeit wie Ludendorff machte sich keine Illusionen, dass seine großartigen Visionen einer grundlegenden Umgestaltung Eurasiens Ausdruck der traditionellen Staatskunst seien.<sup>50</sup> Er rechtfertigte das Ausmaß seiner Ambitionen mit eben diesem Hinweis, dass die Welt in eine neue, radikale Phase eintrete, in die letzte oder vorletzte Phase eines finalen, globalen Machtkampfes. Männer wie er waren keine Exponenten irgendeines »ancien régime«. Sie übten häufig scharfe Kritik an den Traditionalisten, die im Namen des Gleichgewichts und der Legitimität davor zurückschreckten, die historische Chance beim Schopf zu packen. Die schärfsten Gegner der neuen liberalen Weltordnung waren alles andere als Vertreter der Alten Welt, vielmehr ihrerseits futuristische Innovatoren. Sie waren allerdings keine Realisten. Die übliche Unterscheidung zwischen Idealisten und Realisten kommt den Widersachern Wilsons viel zu sehr entgegen. Wilson musste sich geschlagen geben, aber den Imperialisten ging es nicht viel besser. Bereits während des Krieges waren die Probleme überdeutlich zutage getreten, die jedem wahrhaft groß angelegten Expansionsprogramm innewohnen. Schon wenige Wochen nach der Ratifizierung im März 1918 wurde der Frieden von Brest-Litowsk – der imperialistische Friedensvertrag par excellence – von seinen eigenen Autoren infrage gestellt, die auf einmal Probleme hatten, die Widersprüche ihrer eigenen Politik aufzulösen. Japanische Imperialisten zogen ohnmächtig gegen die Weigerung ihrer Regierung ins Feld, entscheidende Maßnahmen zur Unterwerfung ganz Chinas zu ergreifen. Die erfolgreichsten Imperialisten waren die Bri-

ten mit ihrer Hauptexpansionszone im Nahen Osten. Aber das war in der Tat die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Unter der Rivalität der britischen und französischen kolonialen Ambitionen wurde die gesamte Region ins Chaos gestürzt. Der Erste Weltkrieg und sein Nachspiel machten aus dem Nahen und Mittleren Osten die strategische Hypothek, die er bis heute geblieben ist.<sup>51</sup> Auf den besser etablierten Achsen der britischen Kolonialmacht, zu den weißen Dominions, nach Irland und Indien, wies die Politik tendenziell in Richtung Rückzug und Autonomie. Diese Linie wurde inkonsequent und mit beträchtlichem Widerwillen verfolgt, aber die Richtung war dennoch unmissverständlich vorgegeben.

Die vertraute Version des Scheiterns Wilsons präsentiert den amerikanischen Präsidenten in einer Weise, als sei er in der unbezähmbaren Aggression des alten Kriegsimperialismus gefangen gewesen. Dabei war es in Wirklichkeit so, dass die ehemaligen Imperialisten von sich aus zu der Schlussfolgerung gelangten, dass sie nach neuen Strategien Ausschau halten mussten, die einer neuen Ära nach dem Zeitalter des Imperialismus angemessen waren.<sup>52</sup> Eine ganze Reihe von Schlüsselfiguren verkörperte diese neue Staatsräson. Gustav Stresemann führte Deutschland in eine kooperative Beziehung sowohl zu den Entente-Mächten als auch zu den Vereinigten Staaten. Der britische Außenminister Austen Chamberlain, der älteste Sohn des imperialistischen Hitzkopfs Joseph Chamberlain, teilte sich mit dem deutschen Außenminister Stresemann den Friedensnobelpreis für ihre unermüdlichen Anstrengungen um eine europäische Einigung. Der Dritte, der für den Vertrag von Locarno den Nobelpreis bekam, war Aristide Briand, der französische Außenminister und ehemalige Sozialist, nach dem der Pakt von 1928 zur Ächtung sämtlicher Aggressionskriege benannt wurde. Kijuro Shidehara, Japans Außenminister, verkörperte den neuen Ansatz in der ostasiatischen Sicherheitspolitik. Sie alle orientierten sich an den Vereinigten Staaten als dem Schlüssel zur Errichtung einer neuen Ordnung. Es wäre jedoch falsch, diesen Politikwechsel allzu eng mit Einzelpersonen zu identifizieren, so wichtig sie auch waren. Die Individuen waren häufig zweideutige Exponenten des Wandels, die hin- und hergerissen waren zwischen ihrer persönlichen Bindung zu älteren Politikmodellen und dem, was sie für die kategorischen Imperative des neuen Zeitalters hielten. Was Churchill und seinesgleichen so zuversichtlich machte, dass die neue Ordnung stabil sein werde, und was Hitler und Trotzki so mutlos machte, war genau der

Umstand, dass sie sich scheinbar auf ein solideres Fundament als die Kraft des Einzelnen stützte.

Die Versuchung ist groß, diese neue Atmosphäre der 1920er Jahre mit der »Zivilgesellschaft« und der Vielfalt an internationalistischen und pazifistischen NGOs zu identifizieren, die im Nachspiel des Ersten Weltkrieges aus dem Boden schossen.<sup>53</sup> Die Tendenz, eine innovative, moralische Aktivität mit internationalen Friedensgesellschaften, kosmopolitischen Expertenkongressen, der leidenschaftlichen Solidarität der internationalen Frauenbewegung oder der weitreichenden Tätigkeit antikononialer Aktivisten zu identifizieren, führt jedoch gewissermaßen durch die Hintertür wieder die abgedroschenen Klischees von den widerspenstigen, imperialistischen Tendenzen im Herzen der Macht ein. Umgekehrt gestattet es die Ohnmacht der Friedensbewegung den zynischen Realisten, hartnäckig daran festzuhalten, dass letztlich allein die Macht den Ausschlag gibt. Das vorliegende Buch wählt einen anderen Ansatz. Es trachtet danach, eine dramatische Verschiebung beim Machtkalkül zu verorten, keine externe Veränderung, sondern innerhalb des Regierungsapparats selbst, im Wechselspiel zwischen militärischer Gewalt, Wirtschaft und Diplomatie. Wie wir sehen werden, war dies am deutlichsten in Frankreich zu beobachten, der am stärksten geschmähten »Macht der alten Welt«. Statt sich wegen alter Geschichten in verhärtete Ressentiments zu versteigen, verfolgte Paris nach 1916 in erster Linie das Ziel, eine neuartige, westlich orientierte atlantische Allianz mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu schmieden. Auf diese Weise sollte es sich selbst von der anröchigen Verbindung mit der zaristischen Autokratie befreien, auf die sich Frankreich seit den 1890er Jahren wegen einer zweifelhaften Sicherheitsgarantie gestützt hatte. Die französische Außenpolitik würde künftig im Einklang mit der republikanischen Verfassung stehen. Das Anstreben einer atlantischen Allianz war die neue Tendenz der französischen Politik, die nach 1917 so verschiedene Persönlichkeiten wie Georges Clemenceau und Raymond Poincaré vereinte.

In Deutschland wird die politische Bühne von der Person Gustav Stresemanns dominiert, dem großen Staatsmann der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik. Von dem Höhepunkt der Ruhrkrise im Jahr 1923 an hatte Stresemann zweifellos federführend Anteil daran, dass sich Deutschland nach Westen orientierte.<sup>54</sup> Aber als Nationalist vom Schlage Bismarcks ließ er sich erst spät und nach langem Zögern zur neuen inter-

nationalen Politik bekehren. Die politische Kraft, die jede einzelne seiner berühmten Initiativen unterstützte, war eine breite parlamentarische Koalition, mit der Stresemann nach ihrem Zustandekommen zunächst seine liebe Not gehabt hatte. Die drei wichtigsten Mitglieder dieser Koalition, die Sozialdemokraten, die christdemokratische Zentrumspartei und die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei, waren die führenden demokratischen Kräfte des Vorkriegsreichstags gewesen. Alle drei konnten sich rühmen, einst erbitterte Gegner Bismarcks gewesen zu sein. Was sie schon im Juni 1917, damals unter der Führung Matthias Erzbergers, eines populistischen Zentrumspolitikers, vereint hatte, waren die katastrophalen Folgen des U-Boot-Kriegs gegen die Vereinigten Staaten. Wie wir sehen werden, wurde die neue politische Linie bereits im Winter 1917/18 erstmals auf die Probe gestellt. Als Lenin um Frieden bat, bemühte sich die Regierungskoalition im Reichstag nach Kräften, den leichtfertigen Expansionismus Ludendorffs abzuwehren und eine, wie sie hoffte, legitime und deshalb nachhaltige Hegemonie in Osteuropa aufzubauen. Der berühmte Frieden von Brest-Litowsk wird sich hier als durchaus vergleichbar mit Versailles erweisen, nicht in seiner Rachsucht, sondern in dem Sinn, dass auch dieser Vertragsschluss »ein guter Frieden war, der sich zum Nachteil entwickelte«. Was die Diskussion innerhalb Deutschlands um den siegreichen Frieden von Brest-Litowsk als ein bemerkenswertes Vorspiel zur neuen Ära der internationalen Politik kennzeichnete, ist der Umstand, dass sie sich stets ebenso sehr um die innenpolitische Ordnung Deutschlands wie um auswärtige Angelegenheiten drehte. Die Weigerung des kaiserlichen Regimes, die Versprechen innenpolitischer Reformen zu erfüllen oder eine tragfähige neue Diplomatie zu entwickeln, bereitete den Boden für die revolutionären Veränderungen des Herbstes 1918. Als Deutschland im Westen die Niederlage drohte, wagte es eben diese Reichstagsmehrheit nicht nur ein, sondern drei Mal zwischen November 1918 und September 1923, die Zukunft ihres Landes von der Unterordnung unter die Westmächte abhängig zu machen. Von 1949 bis zum heutigen Tag sind die direkten Nachfolger der Reichstagsmehrheit, also die CDU, die SPD und die FDP, immer noch die Hauptstützen sowohl der Demokratie in der Bundesrepublik als auch der Bindung ihres Landes an das Projekt der europäischen Vereinigung.

Was die Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik angeht und die Wahl zwischen radikaler Aufzehrung und Nachgeben, bestehen bemer-

kenswerte Parallelen zwischen Deutschland und Japan im frühen 20. Jahrhundert. Als Japan in den 1850er Jahren eine völlige Unterwerfung unter eine ausländische Macht drohte, wobei Russland, Großbritannien, China und die Vereinigten Staaten als potenzielle Gegner infrage kamen, ergriff die Regierung als Antwort die Initiative und leitete ein Programm innenpolitischer Reformen und außenpolitischer Aggression ein. Eben dieser Kurs, der außerordentlich effektiv und wagemutig verfolgt wurde, trug Japan den Beinamen »Preußen des Ostens« ein. Allerdings wird dabei allzu leicht vergessen, dass diese Linie stets durch eine andere Tendenz ausbalanciert wurde: das Streben nach Sicherheit durch Nachahmung, Bündnisse und Kooperation, die japanische Tradition einer neuen Kasumigaseki-Diplomatie.<sup>55</sup> Dies wurde von 1902 an zunächst durch die Partnerschaft mit Großbritannien erreicht, dann durch einen strategischen Modus vivendi mit den Vereinigten Staaten. Parallel dazu machte Japan jedoch einen innenpolitischen Wandel durch. Die Demokratisierung und eine friedlichen Außenpolitik miteinander in Einklang zu bringen war in Japan nicht einfacher als anderswo. Aber während und nach dem Ersten Weltkrieg fungierte das sich entwickelnde Mehrparteiensystem als wichtiges Gegengewicht zur militärischen Führung. Diese Verknüpfung erhöhte wiederum den Einsatz. Ende der 1920er Jahre forderten all jene, die für eine aggressive Außenpolitik plädierten, auch einen innenpolitischen Umbruch. Im Japan der Taisho-Ära zeigte sich die bipolare Ausrichtung der Zwischenkriegspolitik am klarsten. Solange die Westmächte in der Weltwirtschaft das Sagen hatten und den Frieden in Ostasien sicherten, behielten die japanischen Liberalen die Oberhand. Als dieser militärische, wirtschaftliche und politische Rahmen auseinanderbrach, waren es die Fürsprecher imperialistischer Aggressionen, die die Gelegenheit zu nutzen wussten.

Die Gewalt des Großen Krieges ging entgegen der Version vom dunklen Kontinent nicht in erster Linie im Dualismus rivalisierender amerikanischer und sowjetischer Projekte auf, geschweige denn – das ist eine ebenso anachronistische Sichtweise – im dreigliedrigen Wettbewerb zwischen der amerikanischen Demokratie, dem Faschismus und dem Kommunismus. Was nach dem Ersten Weltkrieg aufkam, war eine multipolare, polyzentrische Suche nach Strategien der Befriedung. Und bei dieser Suche stützte sich das Kalkül aller Großmächte auf einen zentralen Faktor: die Vereinigten Staaten. Eben dieser Konformismus verdross

Hitler und Trotzki so sehr. Beide hatten gehofft, dass das Britische Empire als Herausforderer der Vereinigten Staaten auftreten würde. Trotzki sah einen neuen innerimperialistischen Krieg voraus.<sup>56</sup> Hitler hatte schon in *Mein Kampf* seinen Wunsch nach einem englisch-deutschen Bündnis gegen Amerika und die finsternen Kräfte der jüdischen Weltverschwörung geäußert.<sup>57</sup> Aber trotz der großen Worte seitens der Tory-Regierungen der 1920er Jahre standen die Aussichten auf eine Konfrontation zwischen England und Amerika schlecht. In einem entscheidenden strategischen Zugeständnis trat Großbritannien die Vorrangstellung an die Vereinigten Staaten ab. Die Öffnung der britischen Demokratie für eine Regierung durch die Labour Party verstärkte diesen Impuls nur noch. Beide Labour-Kabinette unter Ramsay MacDonald, das von 1924 wie das von 1929 bis 1931, waren entschiedene Befürworter einer transatlantischen Orientierung.

Aber trotz dieser allgemeinen Konformität bekamen die Aufständischen ihre Chance. Und das führt uns zu der Frage zurück, die schon die Anhänger der Hegemoniekrise gestellt haben: Warum verloren die Westmächte auf so spektakuläre Weise die Kontrolle? Unter dem Strich dürfte die Antwort wohl in dem Scheitern der Vereinigten Staaten liegen, mit den Franzosen, Briten, Deutschen und Japanern im Bemühen um die Stabilisierung einer lebensfähigen Weltwirtschaft und den Aufbau neuer Einrichtungen der kollektiven Sicherheit zusammenzuarbeiten. Eine gemeinsame Lösung der Wirtschafts- und Sicherheitsfragen war erforderlich, um der imperialistischen Rivalität ein Ende zu setzen. Angesichts der Gewalt, die sie bereits erlebt hatten, und des Risikos einer noch größeren Verwüstung in der Zukunft erkannten Frankreich, Deutschland, Japan und Großbritannien diese Gefahr durchaus. Ebenso offensichtlich war jedoch, dass nur die Vereinigten Staaten eine solche neue Ordnung verankern konnten. Wenn hier die amerikanische Verantwortung so sehr hervorgehoben wird, so geht es nicht um ein Wiederaufleben der allzu vereinfachenden These vom amerikanischen Isolationismus, sondern es geht darum zu zeigen, warum man bei dieser Frage unablässig auf die Vereinigten Staaten zurückkommen muss.<sup>58</sup> Wie lässt sich Amerikas Zögern erklären, sich den Herausforderungen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zu stellen? Das ist der Punkt, an dem die Synthese der Interpretationslinien vom dunklen Kontinent und dem Scheitern der Hegemonie vollendet werden muss. Der Weg zu einer echten Synthese führt nicht allein über die Erkenntnis, dass die Probleme der globalen Führungsrolle,

die sich den Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg stellten, völlig neuartig waren und dass die anderen Mächte ebenfalls nach einer neuen Ordnung jenseits des Imperialismus suchten. Als Drittes muss man sich vor Augen führen, dass Amerikas eigener Eintritt in die Moderne, der von den meisten Darstellungen der internationalen Politik des 20. Jahrhunderts als problemlos dargestellt wird, genauso gewaltsam, verwirrend und zwiespältig verlief wie der aller anderen Staaten im Weltsystem. In Anbetracht der Zwiespälte einer ehemaligen Kolonialgesellschaft, die aus dem atlantischen Sklavenhandel hervorgegangen war, sich mit gewaltsamen Methoden nach Westen ausgedehnt hatte, durch eine Masseneinwanderung aus Europa häufig unter traumatischen Umständen bevölkert wurde und anschließend dank der aufkommenden Kraft der kapitalistischen Entwicklung ständig in Bewegung blieb, hatte Amerika in der Tat tiefgreifende Probleme mit der Moderne. Aus der Anstrengung heraus, diese qualvolle Erfahrung des 19. Jahrhunderts zu verarbeiten, entstand eine Ideologie, die beide Lager der amerikanischen Parteienlandschaft teilten, nämlich der Exzeptionalismus.<sup>59</sup> In einem Zeitalter des unbremsten Nationalismus war das Ungewöhnliche nicht, dass die Amerikaner überzeugt waren, das Schicksal ihrer Nation sei etwas ganz Besonderes. Jede selbstbewusste Nation im 19. Jahrhundert hatte das Gefühl, die Vorsehung habe eine besondere Mission für sie. Doch das Bemerkenswerte in der Nachkriegszeit war, in welchem Ausmaß der amerikanische Exzeptionalismus selbstbewusster und lautstärker als je zuvor auftrat, genau in dem Moment, als alle anderen großen Staaten allmählich erkannten, dass sie aufeinander angewiesen waren. Wenn man sich die Reden Wilsons und anderer amerikanischer Politiker jener Zeit näher ansieht, stellt man fest, dass »die erste Quelle des progressiven Internationalismus ... der Nationalismus« ist.<sup>60</sup> Ihre Auffassung, Amerika habe eine von Gott vorgegebene vorbildliche Mission zu erfüllen, versuchten sie, der ganzen Welt zu vermitteln. Als dieses amerikanische Gefühl der Auserwähltheit gepaart wurde mit massiver Macht, wie es nach 1945 der Fall war, wurde daraus eine wahrhaft weltverändernde Kraft. Im Jahr 1918 waren die Grundbausteine dieser Macht bereits gegeben, aber das wurde weder von der Regierung Wilson noch von ihren Nachfolgern ausgesprochen. Somit stellt sich die Frage auf eine andere Weise: Warum wurde die Ideologie der Einzigartigkeit im angehenden 20. Jahrhundert nicht von einer effektiven, großangelegten Strategie unterstützt?

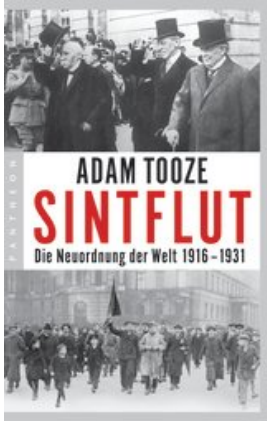
Wir werden zu einer Schlussfolgerung gedrängt, die auf beklemmende Weise an eine Frage erinnert, die uns noch heute beschäftigt. Es ist insbesondere in der europäischen Geschichte gang und gäbe, das frühe 20. Jahrhundert so zu erzählen, als habe die amerikanische Moderne schlagartig die Weltbühne betreten.<sup>61</sup> Aber Neuartigkeit und Dynamik behaupteten sich, wie hier immer wieder betont wird, Seite an Seite mit einem tiefen, dauerhaften Konservatismus.<sup>62</sup> Angesichts wahrhaft radikaler Veränderungen klammerten sich die Amerikaner an eine Verfassung, die schon Ende des 19. Jahrhunderts das älteste republikanische Modell war, das noch Bestand hatte. Es war, wie einheimische Kritiker aufzeigten, als Verfassung in vieler Hinsicht schlecht für die Anforderungen der modernen Welt geeignet. Trotz der nationalen Konsolidierung nach dem Bürgerkrieg, trotz all des ökonomischen Potenzials des Landes waren die Bundesbehörden der Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts erst rudimentär entwickelt, auf jeden Fall verglichen mit dem »big government«, das nach 1945 so wirkungsvoll als Anker der globalen Hegemonie diente.<sup>63</sup> Der Aufbau eines effektiveren Staatsapparats für Amerika war eine Aufgabe, die sich Progressive aller politischen Lager infolge des Bürgerkriegs auf die Fahne geschrieben hatten. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe wurde durch den beunruhigenden Aufschwung populistischer Strömungen lediglich bestätigt, der auf die Wirtschaftskrise der 1890er Jahre folgte.<sup>64</sup> Es musste etwas unternommen werden, um Washington gegen den alarmierenden Anstieg der Protestbewegungen zu isolieren, der nicht nur die innere Ordnung bedrohte, sondern auch Amerikas internationales Ansehen. Das war eine der Hauptaufgaben sowohl für Wilsons Regierung als auch für seine republikanischen Nachfolger zu Beginn des 20. Jahrhunderts.<sup>65</sup> Aber während Theodore Roosevelt und Konsorten militärische Macht und Krieg als starke Vektoren eines fortschrittlichen Staatsaufbaus betrachteten, wehrte sich Wilson gegen diesen ausgetretenen Pfad der Alten Welt. Die Friedenspolitik, die er bis zum Frühjahr 1917 verfolgte, war ein verzweifelter Versuch, sein innenpolitisches Reformprogramm gegen die heftigen politischen Leidenschaften und schmerzlichen sozialen und wirtschaftlichen Verschiebungen des Krieges abzuschirmen. Es war vergebliche Mühe. Das verhängnisvolle Ende von Wilsons zweiter Amtszeit in den Jahren 1919 bis 1921 brachte das Scheitern dieses ersten großen Versuchs im 20. Jahrhundert mit sich, das amerikanische Staatsgebilde neu zu formieren. Als Folge wurde nicht nur der Versailler Ver-



trag ausgehebelt, sondern auch ein wahrhaft aufsehenerregender ökonomischer Schock ausgelöst: die weltweite Depression von 1920, das wohl am meisten unterschätzte Ereignis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Wenn man sich diese strukturellen Merkmale der amerikanischen Verfassung vor Augen führt, dann erscheint die Ideologie des Exzeptionalismus womöglich in einem etwas günstigeren Licht. Bei allem Lob und Preis für die einzigartige Tugend und schicksalhafte Bedeutung der amerikanischen Geschichte enthielt sie doch eine konservative Weisheit, ein fundiertes Verständnis seitens der politischen Klasse der Vereinigten Staaten, dass zwischen den beispiellosen internationalen Herausforderungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts und den beschränkten Kapazitäten des amerikanischen Staatswesens ein fundamentales Missverhältnis klaffte. Die Ideologie von der Einzigartigkeit beinhaltete die Erinnerung daran, wie das Land vor nicht allzu langer Zeit von einem Bürgerkrieg erschüttert worden war, wie heterogen seine ethnische und kulturelle Zusammensetzung war und wie leicht sich die inhärenten Schwächen einer republikanischen Verfassung zur Selbstblockade oder einer regelrechten Krise auswachsen konnten. Hinter dem Wunsch, sich von den gewalttätigen Kräften, die in Europa und Asien tobten, fernzuhalten, verbarg sich die Erkenntnis der Grenzen dessen, was das amerikanische Gemeinwesen, ungeachtet seines sagenhaften Reichtums, wirklich zu leisten vermochte.<sup>66</sup> Bei all Ihrer visionären Zukunftsorientierung waren die Progressiven aus Wilsons wie aus Hoovers Generation im Grunde nicht darauf erpicht, diese Beschränkungen radikal zu überwinden, vielmehr wollten sie die Kontinuität der amerikanischen Geschichte wahren und sie mit der neuen nationalen Ordnung versöhnen, die sich bis zur Jahrhundertwende allmählich herauskristallisierte. Hierin liegt die eigentliche Ironie des frühen 20. Jahrhunderts: Im Zentrum des rasch sich entwickelnden, auf Amerika ausgerichteten Weltsystems stand ein Staatswesen, das einer konservativen Vision der eigenen Zukunft verhaftet war. Nicht umsonst umschrieb Wilson sein Ziel mit den sehr zurückhaltenden Worten, er wolle die Welt sicher für die Demokratie machen. Nicht umsonst war »Normalität« das prägende Schlagwort der 1920er Jahre. Inwiefern dies wiederum all jene unter Druck setzte, die versuchten, einen Beitrag zum Projekt der »Weltorganisation« zu leisten, ist der rote Faden des vorliegenden Buches. Er verbindet den Moment im Januar 1917, als Wilson versuchte, den größten Krieg aller Zeiten mit einem Frieden ohne Sieger zu

UNVERKÄUFLICHE LESEPROBE



Adam Tooze

**Sintflut**

Die Neuordnung der Welt 1916-1931

Paperback, Klappenbroschur, 720 Seiten, 13,5 x 21,5 cm

ISBN: 978-3-570-55315-2

Pantheon

Erscheinungstermin: Mai 2017

Wie aus den Trümmern des Ersten Weltkriegs eine neue Welt entstand

Wie eine Sintflut riss der Erste Weltkrieg die alte Ordnung hinweg, wirbelte gesellschaftliche, politische und ökonomische Vormachtstellungen durcheinander, ließ ganze Reiche zerbrechen und neu entstehen. In einem weltumspannenden Panorama beschreibt Adam Tooze die fundamentalen Verschiebungen der Zwischenkriegszeit und legt dar, wie fatal sich vor allem die Rolle der USA auswirkte: Die neue Weltmacht scheiterte letztlich daran, dauerhaft für Frieden zu sorgen.

 [Der Titel im Katalog](#)